



Petition des 4. Bündner Mädchen*parlaments zu Händen der Regierung und das Grossen Rats des Kantons Graubünden zum Thema Gender und Sexismus

Titel: Aufklärung 2.0

Antrag:

Die Aufklärung an Schulen soll obligatorisch ab dem Kindergarten erfolgen und umfassend alle Aspekte von Gender und sexueller Orientierung umfassen. Dabei sind externe Fachpersonen beizuziehen; die Nachhaltigkeit ist durch den Beizug der Klassenlehrpersonen sicherzustellen.

Die Aufklärung hat alle Geschlechter und alle Formen von sexueller Orientierung und sexuellen Verhaltensweisen zu umfassen und muss binären Stereotypen entgegenwirken. Insbesondere soll auch sexuelle Gewalt sehr früh angesprochen werden. Sexuelle Handlungen sind alleine im gegenseitigen Konsens zu akzeptieren. Kinder dürfen sich wehren und es sind ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, wenn sie das Gefühl haben, dass bei ihnen eine Grenze überschritten wurde. Es soll aufgezeigt werden, bei wem sie sich melden können, wenn sie Grenzverletzungen erleben.

- Die Aufklärung hat Prävention zu enthalten, aber auch Intervention bei Vorfällen!
- Der Kanton Graubünden richtet einen jährlichen "Tag des Geschlechts" aus, mit dem er für die Vielfalt der Geschlechter sensibilisiert.
- Der Umfang des Sexual-Unterrichts wird erhöht.
- In den Schulhäusern werden non-binäre Toiletten und Umkleidekabinen zur Verfügung gestellt.
- Eltern und andere Erwachsene werden mit einer Kampagne für das Thema Geschlechter sensibilisiert.
- Lehrkräfte werden in spezifischen Weiterbildungen für das Thema Geschlecht und Vielfalt der Geschlechter geschult.

Begründung:

Aufklärung muss Kinder und Jugendliche ermächtigen ihre Geschlechterrolle und sexuelle Orientierung selbstbestimmt anzunehmen und selbstbewusst zu leben. Der Aufklärungsunterricht ist heute noch viel zu stark auf sogenannte "Normalität" (Binär!) ausgerichtet und leistet damit Vorurteilen und Stereotypen Vorschub.

**Titel: Für Schulbekleidung, welche die
Ausdrucksfreiheit von Mädchen respektiert****Antrag:**

Wir schlagen an der Sitzung des Mädchenparlaments vor, im kantonalen Gesetzgebungssystem Massnahmen oder Gesetzesartikel aufzunehmen, die eine grössere Ausdrucksfreiheit in den Schulen fördern.

Die Schulordnung, insbesondere in Bezug auf die Kleidung, muss es den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, ihre Persönlichkeit zu stärken.

Begründung:

Oft werden Mädchen in ihrer Ausdrucksfreiheit diskriminiert und müssen Kleidervorschriften einhalten, die es ihnen nicht erlauben, sich wohl zu fühlen. Darüber hinaus sind die angegebenen Gründe sexistisch („um die Mitschülerinnen und Mitschüler nicht abzulenken“) und schaden dem Selbstwertgefühl der Mädchen.

Wir sind davon überzeugt, dass wir uns gut kleiden können und erwarten von den Jungs, dass sie die Entscheidungen jedes Einzelnen respektieren.